

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum: 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 68

Stolp, Dienstag, den 22. März 1927

51. Jahrgang

Das Wetterleuchten auf dem Balkan.

Es läßt sich nicht verkennen, daß der italienische Marnruf wegen der angeblichen kriegerischen Absichten der Belgrader Regierung gegenüber Albanien in der europäischen Diplomatie einige Nervosität hervorgerufen hat. Das kommt auch in den ausländischen Mütterstimmen zum Ausdruck. Wie stets in Fällen politischer Krisen werden dabei auch mancherlei Tendenzmeldungen in die Welt gesetzt, die sich auf ihre Richtigkeit schwer nachprüfen lassen, die man aber auch nicht ohne weiteres für falsch halten darf, weil sie von irgendeiner „zuständigen“ Stelle für unzutreffend erklärt werden. So wird z. B. von „zuständiger Seite“ in Belgrad eine Meldung für unrichtig erklärt, wonach der englische und der italienische Gesandte im Sinne der italienischen Zirkularnote in Belgrad Schritte unternommen haben sollten. Dabei sollte der englische Gesandte den Standpunkt der italienischen Regierung vertreten haben. Die „zuständige Stelle“ behauptet demgegenüber, der englische Gesandte habe erklärt, er glaube nicht, daß irgend ein Grund zu der Annahme berechtige, daß Jugoslawien eine militärische Angriffsbewegung gegen Albanien vorbereite.

Auch der italienische Gesandte General Borrero dementierte die Meldung der „Politika“ und teilte mit, er habe weder allein noch gemeinsam mit dem englischen Gesandten beim Außenminister Perich Schritte unternommen. Weiter erklärte der Gesandte: Die in einigen ausländischen Zeitungen im Umlauf befindlichen Nachrichten bezüglich italienischer Kriegsvorbereitungen, insbesondere mit Rücksicht auf die Lage auf der Balkanhalbinsel, sind völlig unbegründet und gehören zu den alarmierenden faschistenfeindlichen Demagogien; in Wahrheit hat Italien überall eine Politik der Befriedung und des Einvernehmens befolgt.

Es mag sein, daß in der Tat keine diplomatischen Schritte in dem von der „Politika“ angegebenen Sinne unternommen worden sind. Trotzdem aber wird man den Eindruck nicht los, als ob in dieser Frage ein gewisses englisch-italienisches Einverständnis besteht, während andererseits Frankreich mehr oder minder offen mit Jugoslawien sympathisiert. Durch diesen englisch-französischen Gegensatz gewinnt die Angelegenheit eine besondere Bedeutung, wenn man auch in London und Paris vorläufig nach außen hin den Schein zu wahren sucht, als ob man in keiner Weise an der Sache unmittelbar interessiert ist.

Italienische Truppenlandungen in Albanien?

Berlin, 21. März. Wie die Blätter aus Belgrad melden, veröffentlichten dortige Mütter Nachrichten aus Tirana, wonach in den letzten Tagen wieder vier italienische Kriegsschiffe mit Munition und Lebensmitteln in Durazzo gelandet sind. Ueber 100 italienische Offiziere seien in Tirana angekommen. Sie tragen albanische Uniformen und hatten die Aufgabe, einen militärischen Operationsplan für die albanische Armee anzuarbeiten. Die Blätter behaupten, daß die Okkupation Albanien durch Italien unmittelbar bevorstehe. Die albanischen Städte an der Adria seien bereits tatsächlich durch die Italiener besetzt, da dort eigentlich die italienischen Offiziere das Kommando führen.

Militärische Vorbereitungen Jugoslawiens.

Sofia, 21. März. Hier werden die Meldungen über militärische Vorbereitungen Jugoslawiens ausschließlich in Richtung Albanien bestätigt. Längs der bulgarischen Grenze werden ebenfalls, jedoch unbedeutende, Verstärkungen der jugoslawischen Truppen vorgenommen.

Starke Nervosität in Paris.

Nach den letzten Nachrichten aus Paris wird dort die durch den italienisch-serbischen Konflikt geschaffene Situation als äußerst ernst betrachtet. Der Quai d'Orsay hat eine diplomatische Aktion eingeleitet, und zwar in Belgrad und in Rom. In Belgrad hat die französische Regierung durch ihren Gesandten in freundschaftlicher Weise zur Mäßigung raten lassen. In Rom hat der französische Vertreter nachdrücklich gegen die von der italienischen Presse erhobenen Beschuldigungen protestiert, daß Frankreich die südslawische Regierung systematisch in den Konflikt mit Italien getrieben habe. Im übrigen findet ein dauernder Meinungsaustrausch der französischen Regierung mit den Kabinetten der europäischen Großmächte statt, in der in der Hauptsache die Frage eines Eingreifens des Völkerbundes besprochen wird. Zu irgendwelchen Entscheidungen ist es bisher jedoch noch nicht gekommen. Die französische Presse sieht in der Haltung Englands das größte Gefahrenmoment. Selbst englandsfreundliche Blätter erklären, daß der Schlüssel der Frage ausschließlich in London zu suchen sei. England habe es in der Hand, den Frieden zu erhalten oder Europa erneut in einen furchtbaren Konflikt zu stürzen.

Peinliche Zwischenfälle in der Stupschina.

Berlin, 21. März. Die Presse meldet aus Belgrad: In der heutigen Debatte in der Stupschina über das Exposé Perich ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall, der wohl nicht ohne Folgen bleiben wird. Der Abgeordnete Wilber sprang plötzlich auf und rief gegen die Diplomatenloge gewendet, wo in der ersten Reihe der italienische Gesandte, General Borrero saß: „Der italienische Gesandte ist noch immer hier. Sinaus mit ihm aus dem Lande mit seiner ganzen Schwärme!“ Bei der Opposition wurden diese Worte mit Beifall aufgenommen, während sie auf die Mitglieder der Regierung den peinlichsten Eindruck machten. Der Präsident unterbrach die Sitzung. Die Mitglieder der Regierung traten sofort zum Ministerrat zusammen.

Bei der Opposition wurden diese Worte mit Beifall aufgenommen, während sie auf die Mitglieder der Regierung den peinlichsten Eindruck machten. Der Präsident unterbrach die Sitzung. Die Mitglieder der Regierung traten sofort zum Ministerrat zusammen.

Deutschlands Standpunkt.

Berlin, 21. März. Während der jugoslawisch-italienische Konflikt in Paris und London große Beunruhigung ausgelöst hat, und die Nervosität dort auch nach den letzten Nachrichten eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen ist, wird die Lage in deutschen Regierungskreisen nach wie vor ruhig beurteilt. Man glaubt in Berlin vorerst nicht an eine Kriegsgefahr, aber auch für den Fall, daß es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Italien und Jugoslawien kommen sollte, darauf, daß der Konflikt lokalisiert werden wird. Mit großer Entschiedenheit wendet man sich in der Wilhelmstraße gegen die Versuche der ausländischen Presse, Deutschland in den italienisch-jugoslawischen Streit durch die Ausbreitung falscher Nachrichten mit hineinzuziehen. Zu diesen Versuchen gehören die Meldungen über die gestrigen Unterredungen zwischen dem deutschen Botschafter in Paris, von Hoersch und dem Generaldirektor des französischen Auswärtigen Amtes, Berthelot. Von deutscher zuständiger Stelle wird zugegeben, daß Herr von Hoersch mit Berthelot eine Unterredung gehabt hat, ganz entschieden wird jedoch dementiert, daß in dieser Unterredung die Einberufung des Völkerbundes von Herrn von Hoersch angeregt sei. In deutschen maßgebenden Regierungskreisen steht man auf dem Standpunkt, daß es in erster Linie Sache der am Konflikt beteiligten Staaten, also Italien oder Jugoslawien wäre, an den Völkerbund zu appellieren und die Einberufung des Rates zu beantragen. Bisher ist ein solcher Antrag von keiner Seite gestellt worden, auch eine Anfrage an die deutsche Regierung, die sich zu der eventuellen Einberufung des Völkerbundes stellen würde, ist bisher in Berlin allen anderen Nachrichten entgegen nicht eingegangen. Auch aus dem zufälligen Umstand, daß der Vorsitz im Völkerbundsrat zurzeit noch bei Deutschland liegt, kann nach Ansicht der maßgebenden deutschen Stellen keineswegs eine Verpflichtung für die deutsche Regierung hergeleitet werden, den Völkerbundsrat aus Anlaß des albanischen Konfliktes von sich aus einzuberufen. Im übrigen dürfte der heute aus Hannover zurückgekehrte Reichsaussenminister Dr. Stresemann vorwiegend dienlich in seinem außenpolitischen Exposé im Plenum des Reichstages die Auffassung der deutschen Regierung über den Konflikt auf dem Balkan in aller Deutlichkeit darlegen. Es ist anzunehmen, daß Dr. Stresemann den Willen Deutschlands zur Neutralität in nicht mißzuverstehender Weise betonen wird.

Polnische Unverfrorenheit.

Die kommandierte Demonstration.

Kattowitz, 21. März. Hier fand gestern die mit allen Mitteln vorbereitete Demonstration anlässlich des 6. Jahrestages der Abstimmung statt, für die man polnischseits keine Mühe und keine Kosten gescheut hatte. Mit den fahrplanmäßigen Zügen und in 20 Sonderzügen hatte man die erforderlichen Massen herangeschleift. Die Zahl der Teilnehmer wird amtlich auf 150.000 beziffert, dabei ist allerdings festzustellen, daß der größte Teil der Teilnehmer aus Staats- und Kommunalbeamten bestand, die zur Teilnahme an der Demonstration gezwungen wurden, aus Aufständischen und den sonstigen militärischen Organisationen, die abkommandiert waren, aus Arbeitern, besonders von den staatlichen Gruben, die angesichts der drohenden großen Arbeiterentlassungen notgedrungen teilnahmen, um nicht Brot und Arbeit zu verlieren. Eine Nichtbeteiligung wäre ja einer staatsfeindlichen Erklärung gleichgekommen.

Handelsminister Kwiatkowski, der einzige Regierungsvertreter, behauptete, daß Polen ohne Schlesien und Schlesien ohne Polen nicht existieren könnte und daher kein Fußbreit polnischer Erde aufgegeben werden dürfe.

In einer Entschlieung wird die unerschütterliche Treue zum „Mutterland“ Polen gelobt und versichert, daß man die Unantastbarkeit der polnischen Grenze mit seinem Blute verteidigen wolle. Die „unter deutscher Fremdherrschaft leidenden Brüder“ werden auch nicht vergessen und aufgefördert, weiter treu zu ihrer „nationalpolnischen Ueberzeugung“ zu walten. Zum Schluß heißt es, daß der Minderheit die Minderheitsschule nicht abgesprochen werde, daß man aber eine Auslegung der Genfer Konvention nicht zulassen werde, die zur „Entnationalisierung der polnischen Kinder“ und damit zu einem Handel mit den polnischen Kinderseelen führen könnte.

Offizielle polnische Kriegsdrohung.

Berlin, 21. März. Wie die „Neczpospolita“ den Abendblättern zufolge aus Kattowitz meldet, kam es bei den von der polnischen Regierung veranstalteten Feiern zu einem Zwischenfall. Der offizielle Vertreter des Ministerpräsidenten, General Komor, erklärte in der Bankettrede, als er auf den militärischen Wert Polnisch-Oberschlesiens zu sprechen kam, daß

man sich nicht täuschen lassen dürfe, ein Krieg um Oberschlesien werde kommen. — Die „Neczpospolita“ beschränkt, daß diese, wie sie sich ausdrückt, unverantwortlichen Neußerungen des Generals im Auslande ein lautes Echo finden werden.

Die Treue unserer Oberschlesier.

Steinitz, 21. März. In der Gedächtnishalle für die gefallenen Mer fand heute mittag anlässlich der Wiederkehr des Abstimmungstages eine vom Verein heimattreuer Oberschlesier veranstaltete Gedenkfeier statt. Von den vier Flammenbeden des Denkmals leuchteten riesige Flammen. Bürgermeister Dr. Goldth gedachte der unbegränztlichen Taten des Selbstschutzes und forderte die Jugend auf, dem Beispiel dieser Tapferen nachzueifern. Zum Schluß der eindrucksvollen Kundgebung wurde folgende an den Reichspräsidenten gerichtete Entschlieung gefaßt:

„Heute sind 6 Jahre verflossen, daß die ober-schlesische Bevölkerung mit dem Stimmzettel in der Hand ihre Treue zu Heimat und Reich bewiesen hat. Die Bevölkerung der Stadt Steinitz, die sich in der Totengedächtnishalle versammelt hat, um die gefallenen Helden des Selbstschutzes zu ehren, protestiert erneut gegen den Fehlspruch der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 und bittet die Reichs- und Staatsbehörden, alles tun zu wollen, damit der geraubte Teil Oberschlesiens wieder mit seinem deutschen Mutterlande vereinigt werde. Bei dieser Gelegenheit bitten wir unseren Reichspräsidenten, unseren Helden Hindenburg, recht dringend, auch einmal Oberschlesien besuchen zu wollen und uns Gelegenheit zu geben, unsere unwandelbare Treue persönlich zu geloben.“

Polizeifragen.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 21. März.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern wird fortgesetzt und zwar bei den Abschnitten über öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Nothilfe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) behauptet, daß gegenwärtig sich eine Landesverratsfuge breit mache. Sie werde hauptsächlich gefördert durch Gutachten des Reichskommissariats für die öffentliche Ordnung. Überall wittert man Landesverrat. Unbegreiflicherweise folge die Rechtsprechung des Reichsgerichts diesen Spuren. Für dieses Kommissariat der öffentlichen Ordnung dürfe man keinen Großen bewilligen. Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.) nimmt das Kommissariat gegen diese Angriffe in Schutz. So harmlos seien diese Landesverratsfuge doch wohl nicht. Der Redner verweist darauf, daß der Fiskus stark unter polnischem Verbrechen gelitten habe und bittet um Abhilfe. Un glaublich sei es, daß eine Schule in Berlin ihre Aula den Anarchisten zu einer Fei-er zur Verfügung gestellt habe, in der das Bürgertum in überster Weise beschimpft worden sei. Der Redner warnt vor einer Polittisierung der Schutzpolizei, wie sie in Preußen von gewissen Parteien angestrebt werde.

Abg. Wegmann (Ztr.) erklärt, daß Kommissariat für öffentliche Ordnung sei notwendig, da es noch immer Organisationen gebe, die die Existenz des Staates untergraben wollen. Wir wünschen, daß der Reichskommissar nach wie vor über den Parteien stehe und sorgfältig alle staatsfeindlichen Bestrebungen überwacht. Der Redner fordert eine gesicherte Verfor-gung der Schutzpolizeibeamten und bespricht dann die Frage der event. Rückkehr des Kaisers. Er erklärt, wir sind der Meinung, daß eine Rückkehr des früheren Kaisers von erheblicher politischer auch außenpolitischer Bedeutung sein kann, und wir wünschen, daß die Ratgeber des früheren Kaisers die politische Einsicht und den politischen Takt besitzen, der deutschen Politik und dem deutschen Volk die schwere Beunruhigung zu ersparen, die ein konkreter Plan der Rückkehr aller Wahrscheinlichkeit mit sich bringen würde. (Zustimmung im Zentrum. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie verlassen sich also auf die Einsicht der Ratgeber!) Wenn diese Einsicht nicht vorhanden ist, dann werden sie unsere Stellungnahme klipp und klar erhalten. (Zuruf der Sozialdemokraten: Warum nicht schon jetzt?) Die Technische Nothilfe müsse vorläufig noch beibehalten werden. Die neue Vorlage zum Republiksschutzgesetz müsse so zeitig eingebracht werden, daß die Parteien dazu Stellung nehmen können und nicht überrascht werden. Abg. Lemmer (Dem.) bedauert die geringe Einwirkungsmöglichkeit des Reiches auf die Polizei der Länder.

Reichsminister des Innern von Reubell erklärt in Beantwortung einer deutschnationalen Interpellation über die Nachbildung des Reichskamers in Donau-Gebirgen im August 1926, daß diese über den Rahmen eines Ausfluges hinausgegangen und militärischen Charakter angenommen habe. Der badi-sche Innenminister habe für den Wiederholungsfall sein Ein-schreiten einschärft. Dem Untere Landesfremder Verbrecher werde die Reichsregierung erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die den unpolitischen Charakter der Schutzpolizei

sei durch die feinerzeit mit den Ländern vereinbarten Richtlinien Sorge getragen. Für die Technische Nothilfe sei eine Umarbeitung der Richtlinien in die Wege geleitet, die Verbesserungen in Zukunft ausbleiben werden. Unbeschadet aller Kritik müsse man der Technischen Nothilfe aber für ihren Realismus und ihre Selbstverleugnung Dank zollen. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Röbenich (Zog.) findet die Zentrumsankündigung zur etwaigen Rückkehr Wilhelm des Zweiten auffällig. Wollte man etwa eine Brücke schlagen und sagen: Der frühere Kaiser habe Besserung gelobt. Er solle nur draußen bleiben. Für ihn sei kein Platz mehr in Deutschland. (Beifall der Sozialdemokraten.) Die Technische Nothilfe sei überflüssig.

Damit schließt die Aussprache über den Haushalt des Innenministeriums. Die Abstimmungen finden am Dienstag statt. Es folgt die zweite Lesung des Haushalts der Reichspost und der Reichsdruckerei.

Reichspostminister Schädl leitet die Aussprache ein. Er legt den Wirkungskreis der Reichspost dar, die das Nachrichteninstrument des deutschen Volkes sei. Sie sei ein unmittelbarer Teil der Volkswirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung.

An dem Wirtschaftsprogramm seines Amtsvorgängers werde er weiter arbeiten und dafür sorgen, daß die gesamte Verwaltung mehr und mehr mit wirtschaftlichem Geiste durchdrungen werde. Zu erstreben ist die möglichste Steigerung der Qualität und der Quantität der Leistungen des Personals, Ausbau der Verkehrsverbindungen, wirtschaftliche Hilfsleistungen, möglichste Nationalisierung des Betriebes, möglichste Vereinfachung der Arbeitsvorgänge, Ersatz der Menschenkraft durch Maschinen, Mechanisierung allerdings nicht um jeden Preis, sondern nur dort, wo sie tatsächlich wirtschaftlicher ist.

Der Minister Schädl erklärt dann, der Fern-Heimats-Brief entspreche durchaus nicht mehr dem Verhältnis der dafür auszuführenden Leistung. Kein Land in der Welt leiste sich eine so billige Briefbeförderung wie ausgerechnet das verarmte Deutschland. Der Minister kündigte die Beseitigung von Mängeln im Zustelldienst an, weist aber darauf hin, daß man bei der ersten Zustellung wesentlich auf die Posttage angewiesen sei. Abschließend betonte der Minister, daß seine Stellung zur Fredericus-Marke bestimmt sei durch die Haltung des Verwaltungsrates, der sich für die Beibehaltung ausgesprochen habe.

Abg. Mollath (Wirtsch. Berg.) wendet sich gegen jede Erhöhung des Briefpostens. Bei der weiteren Verkräftung des Postwesens müsse die Rentabilitätsfrage entscheidend sein. In Berlin erhielten vier leitende Persönlichkeiten des Rundfunks die enorme Summe von fast 200.000 Mark (!) (Hört, hört!). An zwei Direktoren würden Gehälter von je 48.000 Mark und 12.000 Mark Anteil am Reingehalt gezahlt. Ohne Beeinträchtigung könne eine wesentliche Verbilligung des Betriebes durchgeführt werden.

Der Haushalt des Postministeriums wird erledigt. Das Haus verläßt sich auf Dienstag.

Um Beders Kulturpolitik.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 21. März.

In der fortgesetzten Kulturbesprechung beim Abschnitt „Universitäten usw.“ behauptete Abg. Dr. Klami (Wirtsch. Bagg.), der Kultusminister stelle schöne Programme auf, verwirkliche sie aber nicht. Der Minister bevorzuge bei seiner Personalpolitik das Zentrum in einer Weise, die ihn mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch setze. Die Mehrheit des Volkes stehe in scharfem Gegensatz zur Kulturpolitik des preussischen Kultusministers. (Sehr wahr! rechts und bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Stod (Böhl.) wandte sich gegen die Dienstentlassung des Prof. Vahlen, die bewiesen habe, daß man im demokratischen Staat mit zweierlei Maß mißt. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Kerff (Komm.), Dr. Pinnerheil (D. Vpt.) und Prelle (D.-Hann.) folgte die Beratung des letzten Etats-teils „Kunst“.

Abg. Frau Lehmann (Deutschn.) kritisierte dabei die Inzenerierung Kellers im Staatlichen Schauspielhaus. — Die Einzelberatung wurde auf morgen vertagt.

Kein Aufwertungs-Volksentscheid.

Die Regierung erklärt das Volksbegehren für unzulässig. Der Reichsminister des Innern hat auf Beschluß der Reichsregierung den von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-, Geschädigten- und Mieterorganisationen gestellten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zugunsten eines Gesetzes über die Wiederherstellung des Volksvermögens abgelehnt.

Dieser Gesetzentwurf sieht die Wiederherstellung der vor dem 1. Januar 1924 begründeten vermögensrechtlichen Ansprüche aus Hypotheken, Schuldverschreibungen privater Schuldner usw. vor und läßt die Wiederherstellung der Rechte der früheren Grundstückerwerbenden zu. Die wiederhergestellten Ansprüche sollen zu 4% v. H. verzinst werden, indessen sollen die Zinsansprüche, soweit sie 2% v. H. jährlich übersteigen, bis zum 31. Dezember 1926 nicht den Gläubigern, sondern einer „Ueberleitungsstelle“ zufließen. Diese Zinsbeträge sind vom Schuldner unmittelbar an die Ueberleitungsstelle zu zahlen. Diese ist befugt, die Beträge im Verwaltungsverfahrensverfahren einzutreiben. Die Organisation der Ueberleitungsstelle soll vom Reichsjustizminister durch Verordnung bestimmt werden. Der Gesetzentwurf regelt ferner die Verwendung der Ueberleitungsstelle zustehenden Zinsbeträge. Diese sollen verwendet werden zu 60 v. H. zur Förderung des Wohnungsbauens, zu 14 v. H. zur Entschädigung notleidender Gläubiger, zu weiteren 14 v. H. zur Gewährung von Beihilfen an die Inhaber notleidender Haushaltungen, zu 10 vom Hundert zur Tilgung und Verzinsung der Reichsschuld, zu 2 Prozent zur Deckung der Verwaltungskosten der Ueberleitungsstelle.

Die Ueberleitungsstelle zustehenden Zinsansprüche sind öffentliche Abgaben. Sie sollen zum überwiegenden Teile mittelbar und unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Zwecke dienen. Hiernach sind die Leistungen an die Ueberleitungsstelle Abgaben, die den Gesetzentwurf zu einem Abgabengesetz machen. Nach der Reichsverfassung kann über Abgabengesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen. Damit ist auch ein Volksbegehren für Abgabengesetze ausgeschlossen. Hiernach mußte der Antrag der Reichsarbeitsgemeinschaft aus Rechtsgründen abgewiesen werden.

Ein wertvolles amtliches Eingeständnis.

Berlin, 19. März. Das amtliche Organ der preussischen Regierung, der „Amtliche preussische Pressedienst“, stellt in einer Statistik heute fest, daß die Zahl der im Jahre 1926

beschäftigten ausländischen Arbeiter geringer war als im Jahre 1925. Die Abnahme zeige sich bei der Landwirtschaft wie bei der Industrie. Die Verhältnisse haben sich, so schreibt der „Amtliche preussische Pressedienst“ weiter, gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend geändert. Es wurden in Preußen vor dem Kriege wesentlich mehr ausländische Arbeiter beschäftigt als jetzt, und zwar bleibt der Unterschied auch dann noch groß, wenn man die Gesamtzahl der vor 1914 durch den Heeresdienst gebundenen Personen vom Bestand an ausländischen Arbeitern abzieht, wie folgende Ueberschau zeigt: Bei der Volkszählung von 1910 wurden rund 400.000 Militärpersonen in Preußen gezählt. In den Jahren 1910 bis 1914 aber rund 800 bis 900.000 ausländische Arbeiter jährlich. Demgegenüber wurden im Jahre 1925 auf 1926 durchschnittlich 200.000 ausländische Arbeiter ermittelt.

Diese Feststellungen des „Amtlichen preussischen Pressedienstes“ sind auch insofern interessant, als bekanntlich die der preussischen Regierung nahestehenden Linksparteien in ihrer Agitation gegen die deutsche Landwirtschaft häufig mit der Behauptung arbeiten, die deutschen Landwirte bevorzugen ausländische Arbeitskräfte und machen dadurch die deutschen Arbeiter brotlos. Der nunmehr amtlich zugegebene außerordentliche Rückgang der ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland zeigt, daß die Stimmungsmache der Linken jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt.

Schanghai gefallen.

Eindringen der Kantontuppen in die Stadt.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind die Südtuppen in die Chinesenstadt von Schanghai eingedrungen. General Fischel, der Kommandeur der Schantungstruppen in Schanghai, hat sich, wie berichtet wird, in die französische Konzeption geflüchtet. Die Südtuppen haben Schanghai, 40 Meilen nordwestlich von Tschangai, eingenommen, und dadurch die Eisenbahnverbindung Schanghai-Nanking abgeschnitten.

Nach weiteren Meldungen hat der Generalstreik begonnen. Zunächst stellten die internationalen Tramablinien ihren Dienst ein, die Belegschaften der großen Baumwollfabriken folgten. Die Polizei mußte wieder gegen die in den Straßen demonstrierende Menge vorgehen. Drei Soldaten des Pundschab-Regiments wurden durch Schüsse verwundet; Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Die Freiwilligen sind mobilisiert worden.

Der Zusammenbruch der Front der nordchinesischen Truppen vor Sunghang, das 7000 Mann Tschangai-Kontingents verteidigten, wurde durch eine Umschwungbewegung der nationalistischen Truppen herbeigeführt, die die Stellung der Nordtruppen bei Wihang und weiter östlich unhaltbar machte. Letztere zogen sich in aller Eile zurück und versuchten auch nicht im geringsten Widerstand zu leisten.

Zuspitzung der Lage in Schanghai.

Berlin, 21. März. Die letzten heute abend aus Schanghai vorliegenden Meldungen berichten, daß die Agitation der Kantonesen bereits in den internationalen Niederlassungen begonnen hat. Die Schanghaier Korrespondenten der Berliner Abendblätter halten daher schwere Ereignisse für unausbleiblich. Die englischen Truppen haben nach den letzten Berichten die Hauptpost in Schanghai besetzt. Berittene Kräfte haben an der Grenze der internationalen Niederlassungen einen englischen Soldaten getötet und zwei verwundet. Auch die japanischen Kontingente sind jetzt sämtlich gelandet und eingesetzt worden.

Das Geschützfeuer der vorrückenden Kantontuppen ist bereits in der Stadt vernehmbar. In zwei Tagen werden die Kantonesen in Schanghai, das jetzt von der Nordarmee preisgegeben worden ist, erwartet.

Zusammenstoß in Berlin.

Rote Frontkämpfer gegen Nationalsozialisten.

Am Sonntag kam es auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes. Die Nationalsozialisten — etwa 250 — kamen von einer Versammlung in Trebbin und waren schon im Zuge mit einem Trupp roter Frontkämpfer in Streit geraten, wobei auch einige Schreien zu Bruch gingen. Dies war fernmündlich nach Lichterfelde-Ost gemeldet worden, wo die Nationalsozialisten den Zug verlassen wollten. In einer amtlichen Darstellung heißt es dann über den Zusammenstoß:

Nach Einfahrt des Zuges, bevor die Feststellung des Führers der Nationalsozialisten vorgenommen werden konnte, verlangten die Nationalsozialisten die Feststellung der roten Frontkämpfer, da sie behaupteten, sie seien angegriffen worden; auch seien diese im Besitz von Waffen. Während der Feststellung sprangen plötzlich Mitglieder der beiden Parteien aus den Abteilen auf beiden Seiten des Zuges heraus und bewarfen sich gegenseitig mit Steinen. Gleichzeitig fielen die ersten Schüsse. Es entstand nunmehr eine Panik; fluchtartig verließen die unbeteiligten Reisenden den Zug, um sich in Sicherheit zu bringen.

Inzwischen forderte der Aufsichtsbeamte weitere polizeiliche Verstärkung und das Ueberfallkommando an. Es gelang der Schupo mit Hilfe der Bahnbeamten Herr der Lage zu werden. Nach Angabe der Polizei sind sechs Personen schwer und etwa zehn Personen leicht verletzt worden. Bahnpersonal und andere Reisende wurden nicht verletzt. Ein Personenzug 841 erlitt 23 Minuten Verspätung. Eine weitere Betriebsstörung trat nicht ein.

Schlägerei zwischen Stahlhelm und Reichsbanner. Wie aus Duisburg berichtet wird, fand im Lutherhaus in Hochfeld eine Stahlhelmsfeier statt, nach deren Beendigung es zu einer blutigen Schlägerei zwischen Festteilnehmern und Angehörigen des Reichsbanners kam. Man bewarf sich mit Biergeschleihen, wodurch fünf Stahlhelmlente und drei Reichsbannerleute Verletzungen erlitten. Ferner wurden drei Schutzpolizeibeamte durch Steinwürfe verletzt. Ein Mitglied des Stahlhelms mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Zur Rettung der deutschen Produktion.

Kauft nur deutsche Waren!

Berlin, 19. März. Von über 200 Verbänden aus dem Reich mit mehr als 3 Millionen Mitgliedern wurde in diesen Tagen in Berlin unter Betonung der Außerachtlassung den politischen Gesichtspunkten eine neue Organisation ins Leben gerufen unter dem Namen „Reichsausschuß zum Schutze deutscher Arbeit“. Die neue Organisation hat sich zur Aufgabe

gesetzt, durch Propaganda für die deutsche Produktion und systematische Aufklärungsarbeit das deutsche Volk zu bewegen, in erster Linie nur Waren zu kaufen, die von der heimischen Industrie und Landwirtschaft hergestellt sind, und so durch Selbstverzehrung deutschen Volksvermögens dem Reich zu erhalten, die Abwanderung des Volksvermögens ins Ausland zu bekämpfen und die deutsche Arbeiterkraft in Industrie und Landwirtschaft vor Arbeitslosigkeit zu schützen. In einem Aufruf des Reichsausschusses zum Schutze deutscher Arbeit heißt es u. a.:

„Tragt deutsche Wäsche und Kleidung, trinkt deutschen Wein und deutsches Bier, fordert deutsche Filme und deutsche Lektüre, übt Solidarität gegenüber allen Volksgenossen gleich welchem Berufsstande.“

Alle deutschen wirtschaftlichen und politischen Vereine werden zwecks Vereinheitlichung der Durchführung des Programms aufgefordert, sich dem Reichsausschuß anzuschließen, und die freie Entfaltung des deutschen Wirtschafts- und Volkslebens zu sichern.

Französische Verwaltungsmethoden.

Der Indochina-Standal vor der Kammer.

Paris, 19. März. Die Kammer war am gestrigen Freitag geradezu überfüllt, da der Indochina-Standal zur Debatte stand. Als erster Interpellant sprach der Abgeordnete Dutrey von der Gruppe Marin, der zuerst Kolonialminister Perrier angriff, weil er den Staatsanwalt Colonna, der ein großes Aftenbündel über Sabatiers Gewalttätigkeiten in Indochina besaß, nicht empfangen hätte. Sabatiers Schandtat sei unzulässig. Bei einem Stroßenbau von 600 Kilometern Länge habe er die Eingeborenen wie Sklaven behandelt lassen.

In den Schulen seien zahlreiche Kinder mit dem schweren Schandholz am Hals aufgefunden.

Sabatiers Beamte hätten die Eingeborenen-Frauen vergewaltigt und viele Eingeborenen-Familien zwingen können, ihre Wertgegenstände zu einem Spottpreise herauszugeben. Zahlreiche grausame Hinrichtungen mußten auf Sabatiers Konto gesetzt werden. 8000 Hektar Land seien auf 99 Jahre zu einem Spottpreis an einen Freund des Generalgouverneurs Varenne verkauft worden, dessen Terraingesellschaft das Land mit außerordentlichen Nutzen weiterverkauft hätte. Der Kommandant Cadin trat für Indochinas Selbständigkeit ein. Darauf verteidigte Kolonialminister Perrier Varenne und Sabatier.

Der Letztere habe in 14jähriger Tätigkeit Indochina endlich der „französischen Zivilisation“ erschlossen und dem unruhigen Lande Ruhe und Ordnung geschenkt. Die Aufschuldigungen gegen Sabatier gingen vom Obersten See aus, sie seien aber unbegründet. Danach stante die Spannung, die zuerst in der Kammerführung herrschte, bedenklich ab. Später ergriff auch Generalgouverneur Varenne, dessen Sturz die Rechte mit der Indochina-Affäre erreichen will, das Wort. Die Kammerdebatte schloß mit der Annahme eines Vertrauensvotums mit 360 gegen 150 Stimmen, bei 40 Enthaltungen. Der Generalgouverneur von Indochina, der sozialistische Abg. Varenne, setzte sich gegen die ihm zur Last gelegten Vergehen zu Wehr. Er stellte fest, daß gerade die Persönlichkeiten, die die ganze Skandalaffäre ans Tageslicht gebracht hätten, selbst außerordentlich schwer belastet seien. So habe einer von ihnen in vier Jahren 14 Millionen Goldfranken auf unehrliche Weise zusammengerafft.

Der Redakteur der „Liberte“, der die ersten „Enthüllungen“ brachte, habe mit der Drohung, daß er seinen Feldzug gegen die landwirtschaftliche Gesellschaft von Annam fortsetzen werde, von dieser

tausend Gründungsanteile zu erpressen versucht. Der Abg. Dutrey habe in seiner Eigenschaft als Oberpräsident von Kambodja seinem Vetter eine Konzeption überreicht. Varenne erklärte zum Schluß, er werde vom Kolonialminister die Enthebung von seinem Posten verlangen, wenn das Haus ihn nicht als gerechtfertigt ansehe.

Deutsches Reich.

Ein Mahnwort aus dem Osten. Eine Anzahl von ostpreussischen Verbänden und Ortsgruppen veröffentlichte eine Rundgebung zur Wiederkehr des ober-schlesischen Abstimmungs-tages, in der es u. a. heißt:

„Der Kampf um deutsches Recht in der Welt geht weiter. Das Deutschtum wird unablässig verfolgt. Es behauptet sich, wenn seine Streiter einig handeln. Die zurzeit in Feindeshand schwebenden deutschen Gebiete stellen ein leuchtendes Beispiel auf. Folgt jedermann im Deutschen Reich diesem Ruf, so wird das Deutschtum nicht nur behauptet, es wird zum Siege über alle Feinde geführt. Deutsche, hört auf dieses Wort aus dem gefahrumsrandeten Ostpreußen!“

Vermischtes.

Schwere Eifersucht einer Arzt-Gattin. Eine furchtbare Ehestragödie hat sich in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag im Norden der Reichshauptstadt zugetragen. Als der hier in der Genter Straße wohnhafte 39jährige Arzt Dr. Singermann aus einer Gesellschaft heimkehrte, geriet er mit seiner 12 Jahre jüngeren Ehefrau in heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf die Frau ihren Mann durch Beißhiebe, Messerstücke und Revolvergeschüsse zu töten suchte. Hierauf versuchte die Frau sich durch Veronal zu vergiften. Der schwerverletzte Arzt fand Aufnahme im Virchowkrankenhaus, während die Frau in die Charité eingeliefert wurde. Nach ihrem Geständnis hat sie die Tat aus Eifersucht begangen. Frau Dr. Singermann, die mit ihrem Gatten seit vier Jahren in kinderloser Ehe lebt, glaubte Grund zu haben, an der ehelichen Treue zu zweifeln. Aus diesem Grunde war es zwischen den Ehegatten des öfteren schon zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, die nicht selten zu Tätlichkeiten geführt hatten. Die Eifersucht der Frau war indes völlig unbegründet. Der Körper des Dr. Singermann wies nicht weniger denn 12 bis 15 Stich- und Hiebwunden auf. Der Bedauernswerte ist inzwischen den erhaltenen Verletzungen erlegen.

Wieder Winter in Thüringen. Schneewetter, das in Lauscha wieder stark einsetzte, hat die ganze Gegend aufs neue vollständig mit Schnee bedeckt, der im Walde teilweise so hoch liegt, daß die Straßen kaum gangbar sind und verständlich auch der Postomnibusverkehr eingestellt werden mußte.

Ein Reichswehrposten angeschossen. In Celle wurde in der Nacht zum Sonntag ein Soldat des Ausbildungs-Bataillons, der vor der Kleinen Kaserne am Bildgarten auf Posten stand, von zwei unbekanntem Männern aus dem Dunkel angeschossen und schwer verletzt. Die Untersuchung ist bisher ergebnislos geblieben.

Staubexplosion in einer Mühle. Infolge einer Staubexplosion entstand am Sonnabendabend in Murr in einer Körnmühle ein Brand, der sich rasch ausbreitete. Die Mühle brannte vollständig nieder. Ein 17-jähriger Arbeiter ist wahrscheinlich mit verbrannt. Der Obermüller starb noch in der Nacht an den bei der Explosion erlittenen schweren Brandwunden. Durch eine einfallende Mauer wurde ein Mann schwer verletzt, während drei leichtere Verletzungen erlitten.

Stadt. Kreis. Provinz

Der Deutsche Offiziersbund Ortsgruppe Stolp hat am heutigen Tage, dem Geburtstag des vereinigten Kaisers Wilhelm des Großen, einen Kranz an seinem Denkmal niedergelegt. Festgenommen wurde heute Nacht ein Arbeitsbursche, der sich zwecks Herumtrieb. Gegen ihn soll das Fürsorgeverfahren eingeleitet werden.

Zahl bei den Finanzämtern nur an die Kassierer. Bei den Finanzämtern ist ähnlich wie bei anderen Ämtern mit größtem Publikum (Sparbanken, Banken und dergl.) die Abfertigung des Publikums in der Weise geregelt, daß der Steuerzahler sich zunächst zu den Buchhalterei zur Vorbereitung der Zahlung begibt, die Zahlung selbst aber nur an einen besonderen Kassierer (Schalterstelle) zu leisten hat. Dies ist in den Finanzämtern durch mehrfachen Aufschlag mit handschriftlicher Rückgabe der Namensunterschriften der zur Geldempfangnahme ausschließlich berechtigten Kassierer bekannt gemacht. Trotzdem haben mehrfach Steuerzahler — zumeist in dem Bestreben, schneller abgefertigt zu werden — den hierfür nicht ermächtigten Buchhalter Bargeld zur Weiterbeförderung an die Kassierer übergeben. Dies kann unter Umständen für die Steuerzahler zu schwerwiegenden Folgen führen, vor allem, wenn ein Buchhalter die ihm von Steuerzahlern übergebenen Beträge nicht zur ordnungsmäßigen Einzahlung bringt. In derartigen, mehrfach vorgekommenen Fällen hat der naturgemäß der Steuerzahler für den bei dem Buchhalter eingezahlten Betrag und hat diesen nochmals zu entrichten. Der einzige Schutz gegen diese Doppelzahlung und gegen unerschießliche gerichtliche Reuevernehmungen u. dergl. sind die Zahlung im Namen der Finanzkasse und nur an die dort tätigen Kassierer sowie der Vergleich der Unterschriften auf den Quittungen mit den im Kassenraum durch besonderen Aushang bekanntgegebenen Namensunterschriften der zur Empfangnahme von Geld berechtigten Kassierer. Zu beachten ist ferner, daß die Annahme von Zahlungen außerhalb der Finanzkasse (Kassenschalter) den Beamten und Angestellten der Reichsfinanzverwaltung streng verboten ist, und daß auch derartige Zahlungen auf eigene Gefahr des Steuerpflichtigen mit der Möglichkeit einer nochmaligen Zahlungspflicht erfolgen. Falls daher ein Steuerpflichtiger den Weg zur Finanzkasse (Kassenschalter) sparen und sich gleichzeitig vor Weiterungen bewahren will, ist der sicherste Weg stets der durch Postsendung oder Ueberweisung auf das Konto der Finanzkasse unter genauer Angabe der Steuerart und der Steuernummer. Schließlich wird im Zusammenhang hiermit noch darauf hingewiesen, daß die mit der Einziehung rückständiger Steuern beauftragten Vollziehungsbeamten der Finanzämter mit einem besonderen Lichtbildausweis der Finanzämter versehen sind und außerdem für jeden Vollzugsbetrag einen schriftlichen Auftrag in Händen haben, der dem Steuerpflichtigen vorzulegen ist.

Berichtigung. Der in der Meldung „Angebliche Verfehlungen einer Siedlungs-Gesellschaft“ in Nr. 64 unserer Zeitung als Mitverfehrer der in dieser Angelegenheit dem zuständigen Minister überreichten Denkschrift genannte vereidete Landmesser von Jaworski in Stolpmünde, bittet uns berichtigen zu wollen, daß er nicht — wie es in dem Bericht irrtümlich hieß — früher er vereideter Landmesser sei, sondern nach wie vor vereideter Landmesser.

Aus dem Theaterbüro. Heute, Dienstag, 8 Uhr, Ehrenabend für Thea Geppert „Der Jägerbaron“, Operette in drei Akten von K. Strauß. Donnerstag, den 24. März, 8 Uhr, zum letzten Male „Hoffmanns Erzählungen“, Oper in drei Akten von J. Offenbach. Freitag, den 25. März, 8 Uhr, zum letzten Male und Ehrenabend für Erich Zahn „Alt-Heidelberg“, Schauspiel in fünf Akten von Weder-Rösner. Sonntag, den 27. März, nachm. 3.30 Uhr, „Kater Lampe“, Komödie in vier Akten von Rosenow. Preise von 50 Pfg. bis 1 Mark. Abends 7.30 Uhr „Der Jägerbaron“.

Wintershagen. Leichenfund. — In der hiesigen Eisenbahnbrücke wurde am Sonntag nachmittags die Leiche eines Mannes in der Stöße aufgefunden. In dieser wurde die des im Januar ertrunkenen Egt. Seils aus Wintershagen erkannt. Die Leiche war durch einen in der Stöße liegenden Baumast festgehalten worden und wurde von Wintershagener Einwohnern mittels Feuerhakens aufs Trockene gezogen.

Lauenburg. Die Kanalisierung des Stadtteils links der Leba wurde u. a. in der letzten Stadtverordneten-Sitzung beschlossen. Die Kosten betragen 500 000 Mark, ihre Ausbringung ist gesichert. Beim Bau sollen vorzugsweise Lauenburger Erwerbstätige beschäftigt werden. Nach der Kanalisation soll auch an die Neupflasterung der Straßen herangegangen werden.

Witow. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend vormittag im Eislerbetrieb der Firma Nomenlat. Dort war der Eisler Kuschel an der Reilmaschine beschäftigt. Durch einen unglücklichen Zufall geriet er mit der rechten Hand in die Messer derselben, wodurch ihm die Hand oberhalb der Finger glatt abgeschnitten wurde. Der Verwundete wurde sofort mittels Auto in das hiesige Krankenhaus befördert. Der Vorfall ist um so bedauerlicher, als K. nach längerer Erwerbslosigkeit erst wieder einige Tage arbeitete.

Polzin. Schwer bestrafte Leichtsin. — Im Dorfe Busen bei Polzin machten zwei große Jungen den Versuch, in einer verschlossenen Flasche Stall zu löschen, um dabei die verlorene Kraft des zerfallenen Kaltes beobachten zu können. Die verlorene Kraft des zerfallenen Kaltes beobachtet zu können. Die Gefahr der beiden, welche sehr schwere Augenverletzungen davontrugen. Der eine Knabe mußte sofort mittels Kraftwagen in die Klinik des Augenarztes Dr. Fabian in Kolberg überführt werden.

Politz. Als Leiche geborgen. — Der seit dem 1. Januar vermißte Magazinverwalter Max Behne von hier wurde am 21. März vormittags aus der Völger Fabrik als Leiche geborgen. Behne hat sich zweifellos selbst das Leben genommen.

Stettin. Jügendlicher Selbstmörder. — Am Sonnabend nachmittags erhängte sich ein 13-jähriger Schüler in der Wohnung der Eltern. Der Beweggrund zur Tat ist nicht bekannt.

Palowall. In der Kirche vom Herzschlag getroffen. — Beim Vormittagsgottesdienst in der Marienkirche erlitt am Sonntag die Frau des Bädermeisters Ebert einen Herzschlag. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Strassund. Ein Kind überfahren. — Am Sonntagnachmittag wurde an der Ecke der Langen- und Rummelstraße die vier Jahre alte Erica Matzewik von einem Auto überfahren. Das Kind war sofort tot. Wer die Schuld an dem Unfall trägt, konnte bisher nicht einwandfrei festgestellt werden.

Strassund. Der Kreis Nügen um 30 000 Mark geschädigt. — Sonnabend fand vor dem erweiterten Schöffengericht in Strassund die Verhandlung gegen den Kreisassessorrentanten Witt aus Bergen statt. Wie erinnerlich, wurde Witt im Anfang Januar d. J. seiner Stellung enthoben, weil in der von ihm geführten Kasse ein Fehlbetrag von 30 000 Mark festgestellt wurde. In der Verhandlung gab Witt zu, von diesem Betrage 8000 Mark für sich verbraucht zu haben. Zahlungsschwierigkeiten bei seinem Hausbau hätten ihn veranlaßt, zunächst im Juni 1925 in kleineren Beträgen 5000 Mark der Kasse zu entnehmen. Für die übrigen 3000 Mark hätte er Lotterielose gekauft, um durch einen Gewinn seine Verantwortung zu bedecken. Ueber den Verbleib der übrigen 22 000 Mark gab er ausweichende Antworten. Es könne ihm durch Öffnen des Kassenschranzes mittels Nachschlüssels die Summe gestohlen worden sein. Gemerkt hätte er auch diese Fehlbeträge, sie jedoch, um seine eigenen Unterschlagungen nicht aufzudecken, durch Kassebuchungen verschleierte. Das Gericht schenkte seiner Erklärung, daß er für sich nur 8000 Mark unterschlagen hätte, keinen Glauben, verurteilte vielmehr Witt zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Befreiung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren. Die von der Verteidigung beantragte Strafmäßigung lehnte der Gerichtshof zurzeit ab, wie der vorsitzende Landgerichtsdirektor zum Schluß dem Angeklagten entgegenrief: „Ganz so leicht wäre es doch nicht, als alter Beamter sich an öffentlichen Geldern zu vergreifen.“ — Aber noch ein anderes, nicht minder wichtiges Urteil wurde im Laufe der Verhandlung gefällt, und zwar über die Käuflichkeit, mit der der Landrat des Kreises Nügen, Wilsch, und der Kreisassessorreferendar Gehlisch die Aufsicht über die Kasse geführt haben. Der als Sachverständiger vernommene Revisionsdirektor Wisch (Stettin) stellte auf die Frage des Landgerichtsdirektors, ob die Verfehlungen nicht durch eine Revision hätten früher gefunden werden müssen, fest, daß — sage und schreibe — seit dem Jahre 1922 keine Revision von Seiten des Kreises stattgefunden hat, daß vielmehr das letzte Revisionsprotokoll des Kreisassessors vom 31. August 1922 datiert ist!

Schlöhan (Grenzmark). Schon wieder ein Ueberfall. — Das 17 Jahre alte Mädchen Luise Brauer aus Pagelkau wurde auf der Chaussee zwischen Kalbau und Pagelkau am hellen Tage im Walde von einem etwa 25-jährigen Burschen überfallen. Der Bursche stieß das Mädchen vom Nade, warf es zu Boden und versuchte es zu vergewaltigen. Das Mädchen konnte sich aber freimachen und laut um Hilfe rufen, worauf der Wüstling von seinem Opfer abließ und mit seinem Nade im Walde verschwand. Trotz sofortiger Verfolgung konnte er bisher nicht gefast werden.

Wie wird das Wetter?

Vericht der Deutschen Seewarte.

Dem jetzt von Skandinavien liegenden Nordmeereis folgt vom Atlantik her eine neue weiter nach Süden reichende Depression, die über Westeuropa anhaltenden Druckfall hervorruft. Sie wird von neuem warme Luftmassen vom Südwesten her in unser Gebiet führen, sodas mit weiterer Erwärmung zu rechnen ist. Dabei wird das heitere, teils wolke Wetter anhalten, ohne daß es zu nennenswerten Niederschlägen kommt. Wetter-Vorhersage. Weitere Erwärmung, teils heiter, teils wolke, keine nennenswerten Niederschläge, schwache bis mäßige südwestliche Winde.

Letzte Meldungen.

Völkerbund und Balkanostitt.

Genf, 22. März. Die Ereignisse auf dem Balkan, vor allem die italienisch-jugoslawische Spannung, beschäftigen die hiesigen Völkerbundskreise außerordentlich. Von jugoslawischer Seite wird erklärt, daß Jugoslabien nicht die Absicht habe, den Völkerbund zu verlassen, sich in diese Angelegenheit einzumischen. Ueber die Absichten Italiens ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Truppenansammlungen in Montenegro.

Wien, 21. März. Auch die Wiener Montagblätter melden von Truppenansammlungen in Montenegro längs der Linie Prizren-Schrida. Das „Grazzer Tageblatt“ erfährt, daß seit Sonntagmittag die jugoslawische Grenze gegen Albanien gesperrt wurde. Auch über Schrida ist der Grenzübergang abgeriegelt.

Englische Kriegsschiffe im Mittelmeer.

Rotterdam, 21. März. Der „Courant“ meldet aus London: Die Sonntagblätter melden das Auslaufen eines Teiltes der 2. Heimatflotte aus Gibraltar und Malta. „Daily Herald“ zufolge dienen die Schiffe zur Verstärkung der dortigen englischen Marinestationen im Hinblick auf die Verschärfung der Lage im Mittelmeer.

Die Lage in Italien ist undurchsichtig. Die faschistischen Zeitungen dürfen nur die wenigen amtlichen Meldungen bringen, aber keinerlei Berichte über Truppen- und Schiffsbewegungen veröffentlichen. Reisende aus Mailand berichten von Demonstrationen der faschistischen Jugend vor dem jugoslawischen Konsulat, die sich am Sonntagabend wiederholten.

Auch die Türken in Bewegung.

Wien, 21. März. Die griechische Telegraphenagentur meldet heute früh, daß die Türken an den Meerengen Truppen zusammenzuziehen beginnen.

Deutsch-polnische Einigung?

Warschau, 21. März. Gesandter Hauscher hatte heute nachmittags eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Jalecki. Hierbei teilte ihm der Minister mit, daß die polnische Regierung den in Genf zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens getroffenen Abmachungen zugestimmt habe. In der Frage der Ausweisungen ist somit eine zufriedenstellende vorläufige Regelung erzielt worden. Weiter wurden in der Regelung die Modalitäten der Aufnahme von diplomatischen Unterhandlungen festgelegt, die gewisse Fragen prinzipieller Natur zu klären hätten, ehe man zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Handelsvertrag schreite.

Neue Mieterzuschüsse.

Berlin, 22. März. Soeben wird ein vom 17. März datiertes Gesetz veröffentlicht, das zugunsten der Mieter von Geschäftsräumen Schutzbestimmungen schafft. Es handelt sich um eine Änderung des Mieterschutzgesetzes, die durch die preussische Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 veranlaßt worden ist. Danach ist für alle Fälle, in denen

ein Vermieter auf Räumung klagen will, vorgeschrieben, daß der Erhebung der Klage ein Schiedsverfahren vor dem Miet-einigungsamt vorausgehen hat.

Danziger Note an Polen.

Danzig, 21. März. Der Senat der freien Stadt Danzig hat an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Minister Straßburger, eine Note gerichtet, in der er die Aufmerksamkeit Polens darauf lenkt, daß ein polnischer Feldwebel in der Nacht zum 14. März die Kränze am Kriegerdenkmal in Danzig-Neufahrwasser zerstörte. Der Senat hat zugleich mitgeteilt, daß gegen den Täter von Danzig aus strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden soll.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsböcke. (Amtlich.) Getreide und Vollaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 267-270 (am 19. J.: 267-270), Roggen Märk. 246-248 (247-248), Sommergerste 219-242 (214-242), Inländische Futtergerste — (—), Wintergerste 192-205 (192-205), Hafer Märk. 198-206 (198-206), — (—), — (—), Mais loko Berlin 178-180 (178-180), Weizenmehl 34 25-36 50 (34 25-36 50), Roggenmehl 33 25-34 25 (33 50 35 50), Weizenkleie 15 50 (15 50 15 75), Roggenkleie 15 00 (15 00-15 25), Raps — (—), Leinöl — (—), Viktoriaerbsen 42-49 (48-63), Kleine Speiseerbsen 30 32 (32-34), Futtererbsen 22-23 (22-23), Pelusken 20 22 (—), Ackerbohnen 20 22 (—), Wicken 22 00-24 00 (22 00-24 00) (up nen blaue 13 50-14 50 (13 50-14 50) gelbe 15 00-16 00 (15 00-16 00), Seradella 21 50-24 00 (21 50-24 00), Rapskuchen 15 50-15 70 (15 50-15 70), Erbsenkuchen 20 20-20 40 (20 30-20 50), Trockenfischöl 11 90-12 10 (11 90-12 00), Sojaschrot 18 90-19 40 (19 20 19 50), Futtermehl — (—), Kartoffelklofen 29 80-30 30 (29 60 bis 29 80).

Berliner Butternotierung

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Wollereien, Berlin S. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 21. März. Heute keine Notierung. Letzte Notierungen vom 19. März: 1. Qualität 170, 2. Qualität 153, 3. Qualität 145. Tendenz fest.

Wollmilchpreise: Der Erzeugerpreis für Berlin beträgt 17 Pfg. je Liter. Der Kleinverkaufspreis beträgt für Berlin 28 Pfg., für Stettin zurzeit 26 Pfg.

Berliner Frühmarktnotierungen vom 21. März. Weizen: März 286, Mai 282,5, Juli 281,5, Tendenz: abgeschwächt; Roggen: März 254, Mai 255,75, Juli 247, Tendenz: matter; Hafer, gut, 226-234, mittel 217-225, Wintergerste, gut 225-235, Gerste, gut 244-260, Futterweizen 275-285, gelber Mais 180-185, kleiner Mais 190-195, Taubenerbsen 335-345, Ackerbohnen 280-284, Wicken 285-290, Roggenkleie 159-163, Weizenkleie 159-163. Tendenz: ruhig.

Stettiner Getreidenotierungen vom 21. März. Für 1000 Kilo. Roggen, incl. 252, Weizen, incl. 268-274, Hafer 200-206, Sommergerste 228-242, seine über Notiz, Futtergerste 210-220.

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volkstüche zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mt. und sind vorläufig zu haben.

A. Lemme & Co., Langestraße 64

Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15

Hotel Kaiserhof, Neutorstraße

Max Bröcke, Neutorstraße 14

Paul Ulbrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volkstüche.

W. Laenen, Stadtrat.

Willst Du eine gute Uhr geh zu Hermann Peine nur Holstentorstrasse 23.



Wohnhäuser Ställe und Wirtschaftsgebäude Feldscheunen freitragende Hallendächer

alle Maurer-, Beton- und Zimmerarbeiten führt sachgemäß und billigst aus

Franz Karsten, Zimmermeister

Fernruf 134. Stolp i. Pom. Chausseestr. 1/2.

Ein Fegen Papier.

Von Thea Malten.

(31. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten)

Dann kam es heiser von seinen Lippen, abgerissen, kaum verständlich:

„Sie sollen dich nicht haben — nein — lebend nicht! Ich bin verloren — du sollst es auch sein — aus ihm — mit dir und mir —“

Das Messer funkelte durch die Luft — plötzlich wieder die gellende Frauenstimme: „Da ist er! Haltet ihn! Er will uns alle verderben!“ Eine schwarze Gestalt wirft sich auf Paniani, hängt sich an seinen erhobenen Arm, greift mit Geierkrallen nach dem Messer, sucht ihn von seiner Beute zu trennen.

Er brüllt auf wie ein verwundeter Stier, will sie von sich stoßen, sie abschütteln, um sich auf die ohnmächtige Gwendolin zu werfen und das Messer in ihr Herz zu stoßen.

Die anderen drängen sich in der engen Kajütentür und schreien durcheinander.

Die schwarze Furie läßt ihn nicht los. Sie ringen miteinander, sie kämpfen — und dann — mit einem wilden Schrei — stößt er ihr das Messer in den Hals.

Hundgebell — der dicke Menschenmäuel, an der Tür zusammengeballt, scheint durch eine unsichtbare Macht auseinanderzuschießen. Eine schmale, schlankste Männergestalt, gefolgt von einem kleinen weißen Hunde, hat sich wie ein Pfeil hindurchgehoben und sitzt plötzlich auf Panianis Rücken, ihn fortziehend von dem Bett, auf dem die ohnmächtige Gwendolin liegt.

„Hallo — Bing — halt ihn! Pack ihn! — So — alter Junge — dich hätten wir — Widerstand umsonst — schöner fester Strich — wir liefern gute Arbeit!“

Und während Fred Hall diese abgerissenen Sätze hervorstößt, schwindend vor Anstrengung und Vergnügen, hat er den gänzlich überraschten Paniani kunstgerecht mit einem festen Strich, den er ihm von rückwärts lasthaft über den Kopf geworfen, geschnürt und gefesselt. Währenddessen hat Bing, der kluge, kleine Ding, der seinem Herrn den Weg gezeigt hat, mit wütendem Geklaff seine scharfen Zähne in die Mörderhand geschlagen, die das blutige Messer fallen läßt.

Es ist noch jemand hineingekommen in die enge Kajüte — jemand, der nun vor dem Bett auf den Knien liegt und das bestimmungslose junge Weib mit seinen Armen umschlingt.

„Gwendolin, mein einziger Liebling; wach auf! Du bist gerettet — ich habe dich wieder — wach auf, mein geliebtes Mädchen!“

Die vertraute, ach so lang entbehrte Stimme schien in Gwendolins Bewußtsein zu dringen. Sie schlug die Augen

auf und sah in das Gesicht ihres geliebten Gefährten aus glücklichen, längst entschwundenen Tagen.

Das konnte nicht Wirklichkeit sein, es war ein selbiger Traum, aus dem sie niemals wieder zu erwachen wünschte.

Doch die jubelnde Stimme, die ihren Namen rief, die starken Arme, die sie umfaßten und an sich preßten, hatten wenig Ähnlichkeit mit den blassen Visionen eines Traumes.

Ein Schrei der Freude, des maßlosen Glückes brach von ihren Lippen. Tränen stürzten aus ihren Augen, während sie immer wieder seinen Namen rief:

„Harold — Harold — Harold!“

Als der Detektiv den düsteren, aus seinem Muttatensch jäh erwachten Paniani, dessen Hände und Füße nun in eisernen Ketten lagen, durch den Kajütengang führte, begegnete ihm der kleine Leutnant Havelock, der ihm strahlend vor Vergnügen zurief:

„Wette gewonnen, Mister Hall! Sie können mir gratulieren!“ Und mit einem Blick auf Halls unwilligen Begleiter fügte er hinzu: „Aber mir scheint, wir können uns gegenseitig gratulieren! Kann ich Ihnen noch irgendwie behilflich sein?“

„Danke — danke, mein Lieber. Ist alles in Ordnung?“

„Alles richtig! Unsere Leute sind gerade dabei, die schweren Koffer hinaufzubringen. Der „Komet“ soll geschleppt werden. Er ist ein bißchen labiert und kein allzu sicherer Boden mehr.“

„Das kann ich mir denken. Hören Sie, lieber Havelock, klopfen Sie doch an Kabine 3 an und bitten Sie Lord Inverloch, Ihnen mit Lady Cheltenham auf unser Boot zu folgen.“

Der kleine Leutnant Havelock war entzückt über diesen Auftrag und schoß davon. Fred Hall und Paniani kamen zur Treppe, die auf Deck führte.

„Nach Ihnen, nach Ihnen, mein Vester“, sagte Fred Hall freundschaftlich. „Höflichkeit ist immer meine starke Seite gewesen. Und machen Sie keine Geschichten, wirklich, es hätte gar keinen Zweck, und ich habe ein gefährliches Ding hier in der Hand, das leicht losgeht und viel Schaden anrichten kann.“ Und mit diesen Worten hielt er Paniani seinen schubereichten Browning unter die Nase.

Paniani sah mit eisiger Verachtung auf die Waffe. Eine finstere Ruhe war über ihn gekommen. Zum ersten Male seit seiner Gefangennahme öffnete er den Mund.

„Sie brauchen keine Angst zu haben. Ich werde jetzt nichts tun.“

„Ach wirklich? Wie nett von Ihnen.“

„Jetzt nicht“, fuhr der Gefangene fort, „jetzt bin ich machtlos, wie Sie sehr wohl wissen. Aber der Tag der Freiheit wird kommen, und dann hüten Sie sich. Sandro Paniani wird sich furchtbar rächen.“

„Na, na, alter Junge“, sagte Fred Hall sanftmütig. „Sie haben ein paar nette Sachen auf dem Korbholz. Der Tag der Freiheit scheint mir ein bißchen illusorisch.“

„Es war Notwehr“, unterbrach ihn Paniani bestig. „Das Weib wollte mir an die Kehle.“

„So! — Und Marjorie Tomkins?“

„Das geschah im Affekt“, antwortete Paniani mit düsterer Gleichgültigkeit. „Sie wollte mich los sein und wir gerieten in Streit. Ich war sinnlos vor Wut und weiß selbst nicht, wie ich dazu kam, auf sie zu schießen. Ein überlegter Mord lag nicht vor.“

Sie waren während dieses Gesprächs auf Deck angelangt, auf dem ein lebhaftes Treiben herrschte. Der „Vasili“ hatte sich nachbord an den „Komet“ gelegt, und die Matrosen waren im Begriff, Panianis Spießgesellen hinüberzuschaffen.

„Das mag stimmen“, gab Hall nachdenklich zu. „Und dann lockten Sie Lady Cheltenham, die ihre Halbschwester im Walde treffen wollte, in das Haus, zwangen sie, mit der Ermordeten die Kleider zu wechseln und die Rolle der armen Marjorie Tomkins zu übernehmen.“

„Freilich! Denn der Alte in Amerika hatte ja Marjories Bild, und sie sahen sich so ähnlich die beiden.“

„Und Marjorie wurde als Lady Cheltenham im Walde gefunden, Gesicht und Hände, an denen man den Verzug hätte merken müssen, zerstört. Und sie wurde im Erbbeerhältnis der Cheltenham beigegeben. Der Verzug gelang.“

„Ja — er gelang. Und ich möchte wissen, welcher Teufel Sie auf die Fährte geführt hat.“

Hall kratzte in seiner Tasche und brachte einen kleinen Fegen Papier heraus, den er beim Schein seiner Taschentampe dem Mörder unter die Augen hielt. Paniani las:

„habe zu große Angst vor dir gehabt, um es dir zu sagen, weil du mich immer gleich bedrohst, aber nun sage ich es doch, mag daraus werden was will, denn dieses Leben ertrage ich nicht länger und lieber magst du —“

Paniani war weiß bis in die Lippen geworden, als er diesen Fegen Papier sah, einst für ihn bestimmt, von einer schwachen Mädchenhand geschrieben, die nun aus dem Grabe zu greifen schien, um ihn in das Verderben zu ziehen.

Ein seltsames Grauen packte ihn, wie er es noch niemals gefühlt hatte.

„Es war doch nur Totschlag“, murmelte er unsicher und sah mit einem finsternen Blick ins Leere.

„Schön! Und George Tomkins? Und der alte Mac Ken-na?“

Paniani schwieg mit zusammengebißenen Zähnen. Es überwältigte ihn, daß dieser kleine Fegen Papier schuld war an seinem Untergang.

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Bekanntmachungen.

Das Ortsstatut über die Fürsorgestiftung Stolper Bürger und Bürgerinnen hängt vom 23. März bis 5. April 1927 im Rathause aus.

Stolp, den 20. März 1927.

Der Magistrat.

Betr. Straßensperrung.

Die Sperrung der Rublitzer-Chaussee in Höhe des Schlachthofes dauert bis auf weiteres fort. Der Verkehr wird auf einer Seite der Chaussee aufrecht erhalten.

Stolp, den 21. März 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Kleider machen Leute! durch chemische Reinigung werden dieselben wie neu!



Fernruf 244 **Gebr. Legge** Fernruf 244

Chem. Waschanstalt und Färberei

Annahmestellen: Langestraße Ecke Marienstraße
Goldstraße 20
Rublitzer Chaussee 14

Abholung durch Fuhrwerk.

Billige Seife

Ba. Oberschale, 5 teilig	Riegel 65 Pfa.
Ba. " 5 teilig	Riegel 75 Pfa.
Ba. " 5 teilig	1000 gr 95 Pfa.
Ba. Kernseife	gr. Doppelstück 38 Pfa.
Ba. " "	gr. Doppelstück 45 Pfa.
Ba. " "	gr. Handstück 38 Pfa.
Ba. Talgkern-Seife	45 und 40 Pfa.
Kristall-Soda	2 Pfund nur 15 Pfa.

Toilette-Seifen, allergrößte Auswahl!

Stück 7 1/2, 10, 15, 20, 25, 30 usw.

sowie alle Marktseifen

Bitte beachten Sie mein Schaufenster!

Max Reimann, Seifen-Spezialhaus

nur Schmiedestraße 7.

Mein Total-Ausverkauf

bietet Ihnen Gelegenheit,

Uhren und Goldwaren

äußerst günstig einzukaufen.

::: Ermäßigung 20 bis 40 Prozent :::

Otto Pila

Juh. Bernhard Buhr

Neutorstraße 6,

gegenüber Görs.

Vom Lager und in Werksladungen

empfiehlt:

Baumaterial: Terranova (bester Edelputz), Ba. Oberschl. Baustücktaf., Portland-Zement, hydr. Sacktaf., L-Träger, Stuckgips, Rohraewebe, gußeiserne Stallfenster, Dachsalzziegel, Dachpappen, Steinkohlenteer, Klebemasse, Dachlitt, Karbolin, Holzleer, Tonröhren, Tom-Krippenschalen, Schweineböge, Ferkeltröge, Pferdetröge.

Brennmaterial: Niederl. Brikket, D-S Stein- kohlen, Hüttenlofs, Anthracit- (Eiform.) Brikket, Buchen-Kloben, auch als Herd- u. Dienholz zerfl.

Düngemittel: Superphosphat 18%, Thomas- mehl „Sternmarke“, Kali und Kamit.

Wilhelm Moldenhauer

Triftstr. 41

Telephon 153

Das Stolper Adreßbuch

für 1927

ist erschienen und bei uns erhältlich.

J. W. Feiges Buchdruckerei

Präsidentenstr. 45
Sernsprecher 18.

Stadttheater Holzpantoffeln

Telephon 419.

Dienstag, den 22. März

abends 8 Uhr

Ehrenabend

für Thea Geppert

„Der Zigeunerbaron“

Operette von Strauß

Donnerstag, den 24. März

8 Uhr

Zum letzten Male!

„Hoffmanns Erzählungen“

Oper von Offenbach.

Suche zum 1. April ein

14—16jähr. Mädchen

Georg Nowack

Darfm. v. Postangow

Für Neu-Warbelow wird

1 Debutant

mit 2 Hofängern

zum 1. April gesucht.

liefert billig

A. Bärschdorf

Dürer-Röhrensdorf in Sachsen

Wiederverkäufer hoher Rabatt.

Uhren-



Reparaturen

sauberste und schnellste Ausführung.

== Billigste Preise. ==

Kunst

Uhrmacher

Holstentorstrasse 5

Best. u. Meist. u. Besten. Ausbeute-Maschinen. Feinverarbeiten in Privat. Feinverarbeiten in Privat. Eisenwerkzeugefabrik. Subli. Thür. Karlsruhe 1927.